

Schleifische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Mit den Gratisbeilagen:

„Der Rote Stern“, „Der Kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“,
„Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

.....
.....
.....
.....
.....

.....
.....
.....
.....
.....

Regierung Fehrenbach, Koch oder Luther?

Ruhhandel ohne Ende

(Sig. Drahtb.) Berlin, 14. Dezember.

Während hungernde Erwerbslose und verzweifelnde Beamte auf die Beschlüsse des Reichstages warten, beschäftigen sich die bürgerlichen Parteien mit dem höchst wichtigen Problem des Regierungsruhhandels. Reichspräsident Hindenburg hat mit Fehrenbach verhandelt, der für die Zentrumspartei vorläufig die Annahme des Postens ablehnte. Nach ihm wurde Koch zu Hindenburg gerufen. Aber auch diese Besprechung wird selbstverständlich eine rein informatorische bleiben. Mit Recht bemerkt die „Rote Fahne am Montag“: „Die Regierungsruhhandelei plätschert also weiter. Herr Luther hat sich vorläufig nicht mit der Regierungsbildung beschäftigen lassen, um zum Schluß, wenn alles schief geht, als der unentbehrliche Mann, desto sicherer seine alte Koalition mit allen Veränderungen wiederherzustellen. Den Deutschen nationalen würde Herr Luther dann die Ministerfessel einzeiln lassen, bis sie wieder mit Unterstützung des Bürgerkühns herangezogen würden.“

Neuer kommunistischer Vorstoß gegen die Fürstenabfindung

Zu Beginn der Freitagssitzung des Reichstages erfolgte ein neuer Vorstoß der kommunistischen Fraktion gegen die Auslieferung des arbeitenden Volkes durch die Raubfürsten. Genosse Neubauer brachte ein folgenden

Entwurf eines Gesetzes

über die Aussetzung der Rechtsfreiheiten über die Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden Fürstenhäusern.

Alle Rechtsfreiheiten, die bei den deutschen Gerichten über die Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden Fürstenhäusern anhängig sind, werden bis zum Inkrafttreten einer reichsweiten Regelung (Gesetz oder Volksentscheid) ausgesetzt. Neu Verfahren werden nicht eingeleitet.“

Genosse Neubauer forderte, den Gesetzentwurf in Anbetracht seiner Unzulänglichkeit als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Damit er heute noch dem Rechtsausschuß überwiesen werden kann.

Der kommunistische Vorstoß erregte selbstverständlich sofort den heftigsten Widerstand der kaiserlichen Oppositionen.

Es hat Bromberg (Deutschnat.) erhob sofort Widerspruch, der nach der Geschäftsordnung genügt, um die Behandlung des Antrages zu verhindern. Die kommunistische Fraktion erhob gegen diese neue Provokation der Fürstenrechte sofort entsetzten Protest. Selbst dem Volksparteiler Kahl schien es nicht raffan, die wolkenden Volksmassen berartig zu reizen. Er veranlaßte deshalb die Deutschnationalen zur Zurückziehung ihres Widerspruches, so daß der kommunistische Antrag dem Rechtsausschuß überwieen werden konnte. Weder das noch die Mobilisierung der Massen bedürfen, um die Beschleppung auch dieses Antrages im Rechtsausschuß zu verhindern.

Riefendemonstration gegen den Fürstenraubzug 100 000 Demonstranten in Berlin

(Sig. Drahtb.) Berlin, 14. Dezember.

Die Demonstration der SPD und des KPD im Lustgarten gegen die Hohenzollern und das übrige Fürstentum, für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter, für Kontrolle der Produktion, Erwerbslosen und Kurzarbeiter, für Kontrolle der Produktion war ein gewaltiger Erfolg, den selbst die bürgerliche Presse unumwunden zugibt. Selbst die bürgerliche „Welt am Montag“ schätzt die Zahl der Demonstranten auf 70 000. Es nahmen teil 100 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit Mittelständlern, an der Kundgebung teil. Die Polizei war in einem riesigen Aufmarsch aufgestellt, mit dem Absicht, Zusammenstöße zu provozieren. Das ging schon daraus hervor, daß Orgelblätter, die persönlich erschienen war, unehren Rednern den Ausstufung auf den Freitreppe der Hof und diese mit kleinen Mannschaften besetzen ließ. Wohl der Polizei in der Demonstration nahm dennoch die Demonstration einen ungehörigen Verlauf. Erst den Zentralkomitee saß man hervorragende Karikaturen der Hohenzollernherrscher und der Not der Erwerbslosen. In einem Zuge wurde eine große Er-

fügel getragen, auf der stolz ein Engländer thront, unter ihm gefesselt der deutsche Proletariat und ein Chinese. Die Wankungen des KPD erschienen sämtlich mit Kapellen, die den Gesang revolutionärer Lieder begleiteten. Unter den Demonstranten sah man auch Beamte in Uniform, Reichsbannerleute und Arbeiterkinder mit roten Halbtüchern. Es sprachen die Genossen Thälmann, Seeb, Pies, Oberlein, Stedter und Pfeiffer.

Die Mandchurei, eine Sowjetrepublik? Zerzettelung der Japaner

Unter dieser und ähnlichen Überschriften veröffentlicht die bürgerliche Montagmorgenpresse folgende Meldung:

Neu York, 13. Dezember.

„United Press“ meldet aus Shanghai, daß der Generalsekretär des KPD, Kuo-Sun-Lin, beabsichtigt in der Mandchurei eine Sowjetrepublik auszurufen, sobald er Rußland eingenommen habe. Die Japaner befürchten dieses Ereignis und hätten bereits zwei Divisionen in Korea ausgeschickt. Sie seien entschlossen, eine allgemeine Mobilisierung anzuordnen, wenn die Mandchurei bolschewisiert werden sollte. Auch die Wehrkräften in Shanghai trafen Vorbereitungen, um im Falle einer Bolschewisierung der Mandchurei eine sofortige Besetzung einzuleiten.

Nach einer Meldung aus Peking ist der sogenannte Eurohändlerzug in der Nähe von Yangtsin in ein Gefecht hineingefahren. Mehrere Schrammelflugen in die Lokomotive ein, so daß der Zug zum Stehen kam. Als das Feuer auf die Wagen eröffnet wurde, verteilten sich die Reisenden zunächst zwischen den Waggons. Unter den Passagieren befinden sich mehrere offizielle Persönlichkeiten, darunter der japanische Parteilührer Machizuki und vier Delegierte des Roter Büros, die beauftragt sind, über die Ausbreitung der Pest in der Mandchurei eine Untersuchung zu führen. Auch zwei Flugzeuge warfen Bomben auf den Zug, die aber zum Glück nicht die beiden Lokomotiven traf. Die europäischen Konsulate in Peking haben gegen diese Verletzung des Vortragsprotokolls protestiert. Der Zug konnte inzwischen aus dem Kampfgebiet hinausgefahren werden.

Wir finden den Unterrichts, den die ehrenwerten Herren Völkerverbandsdelegierten in ihrem Bericht unter den Zugangsgegenden haben, sehr lehrreich. Im übrigen muß eine solche Meldung mit Vorsicht aufgenommen werden, da sie zum Zweck der Stimmungsmache gegen China erdichtet worden sein kann.

Vom Tage

Die Westfälische Union in Hamm, die zur Phönix-LA gehört, hat beim Demobilisierungskommissar die vollständige Betriebsstilllegung beantragt, wodurch 5000 Arbeiter joblos würden.

In Berlin ist die Zahl der Erwerbslosen in der letzten Woche um rund 18 000 in die Höhe gegangen, in der Rheinprovinz ist jeder neunte Arbeiter arbeitslos.

Von dem Ermittler Schiele, der sich seine Kriegsjahre für die Pension anrechnen ließ, wird jetzt bekannt, daß er diese als Offiziersstellvertreter im Gefangenelager in Wittenberg, anderthalb Stunden von Berlin, verbrachte.

Auf Grund der Angaben des Fernsprechers Brützelbacher soll gegen die bürgerlichen Abgeordneten Wulle, Kube und den Oberstenleutnant Heilmann ein Ermittlungsverfahren wegen Morbanstiftung eingeleitet worden sein.

Abdelkrim hat der französischen Regierung offizielle Friedensvorschläge überreicht, in denen er die Oberhoheit des Sultans anerkennt, aber die Verhandlungen mit Spanien ablehnt.

Die arabischen Nationalrevolutionäre beabsichtigen, eine Arabische Föderation zu bilden, die Syrien, Palästina, Mesopotamien und Transjordanien umfassen würde.

Ridscha Khan ist von der Persischen Nationalversammlung zum König gewählt worden.

Das sozialdemokratische Koalitionsprogramm Nachsagerische Bedingungen

Die Verhandlungen um den Eintritt der SPD in die Regierung der Großen Koalition nehmen immer konkretere Formen an und zeigen, daß die SPD-Führer gewillt sind, auf jeden Fall der Bourgeoisie aus der Krise zu helfen. Am vorigen Donnerstag lagte die Reichstagsfraktion der SPD und beschloß, die Verhandlungen um den Eintritt in die Regierung weiterzuführen. Sie nahm eine Entschließung an, in der sie ihre „Bedingungen“ für den Eintritt in die Regierung festlegte, die dem Reichspräsidenten übermittelte wurde. Diese Bedingungen sind jedoch keine ultimativen, sondern sie sollen nur als Verhandlungsgrundlage dienen; denn es heißt wirklich in der Entschließung: „In diesen Verhandlungen, um die Große Koalition legen wir Wert auf die Erörterung folgender Punkte...“ Welche Bedingungen stellt die SPD?

Unter Punkt 1 verlangt sie von ihrem zukünftigen Koalitionsgenossen ein „offenes Eintreten für die Republik“. Abwehr aller monarchistischen Restaurationen ist ein Bestandteil des sozialdemokratischen Programms. „Volksstimme“ sehr interessant. Dieses Blatt schreibt am 8. Dezember:

„Über die Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten gewähren die denn die Macht? Den Monarchisten in deren Händen sie die Waffen der Republik legen.“

Also, dieses SPD-Blatt stellt fest, daß die Macht der Republik in den Händen der Monarchisten liegt. Die Voraussetzung zur „Abwehr monarchistischer Restaurationen“ ist also die Entziehung der Macht aus den Händen der Monarchisten. Fördert die SPD dies? Fördert sie die Entziehung der monarchistischen Reichswehr die Entlassung aller monarchistischen Beamten usw. Nein, sie verlangt nur ein „offenes Eintreten für die Republik“ und will alles andere lassen wie bisher.

Als zweite „Bedingung“ stellt sie die „Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und die Verabschiedung eines Arbeitsgesetzes unter Wiederherstellung des achtstündigen Normalarbeitsjahres“. Auch diese „Bedingung“ befragt nichts. Erstens bedeutet die Ratifizierung des Abkommens von Washington nicht die Wiederherstellung des Achtstundentages, denn der Artikel 14 deselben gibt jedem Lande die Möglichkeit „zur Verhütung außerordentlicher Gefährdung des Lebensnotwendigkeiten des Landes“, die Arbeitszeit beliebig zu verlängern. Zweitens fordert die SPD ein Gesetz über den Normalachtstundentag. Also der Achtstundentag soll zwar die Regel sein, aber Ausnahmen sind weiterhin zugelassen, das ist absolut keine Veränderung des jetzigen Zustandes. Drittens muß daran erinnert werden, daß gerade die SPD durch ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz verantwortlich ist für den Abbau des Achtstundentages.

Als dritte „Bedingung“ fordert die SPD: „Schleunige Verabschiedung des Gesetzes über Erwerbslosenerwerbslosenversicherung“. Diese Bedingung bedeutet, wenn sie erfüllt würde, eine weitere Verschlechterung der Lage der Erwerbslosen, als auch der Gesamtarbeiterschaft. Durch die Erwerbslosenversicherung wird die staatliche Erwerbslosenerwerbslosenversicherung befristet. Die Arbeiter sollen durch eigene Beiträge die Folgen der kapitalistischen Anarchie tragen. Aber der Gesetzentwurf über die Erwerbslosenerwerbslosenversicherung stellt sogar noch eine Verschlechterung des jetzt bestehenden Zustandes dar. Die Versicherungsbeiträge sollen auf 3 Prozent erhöht werden. In den „Genuss“ der Erwerbslosenerwerbslosenunterstützung kommt nur derjenige Arbeiter, der 26 Wochen lang in einer versicherungspflichtigen Arbeit gestanden hat (bisher nur 13 Wochen). Für Erwerbslose unter 21 Jahren wird Pflichtarbeit bestimmt. In den Fällen größerer Erwerbslosigkeit soll die Leistung der Unterstützung von der Bedürftigkeit abhängig gemacht werden. Dies sind nur einige Beispiele aus dem Gesetzentwurf, den die SPD annehmen will. Also eine weitere Verschlechterung der elenden Lage der Arbeiterschaft.

Als vierte „Bedingung“ fordert die SPD: „Handelspolitik mit dem Ziel der Förderung des industriellen Exports“. Sie sagt nicht, unter wessen Kontrolle dieser Export durchgeführt werden soll. Die SPD-Führerschaft will natürlich die „Praktikalität“ des Unternehmers nicht beseitigen und sie macht sich darum mit obiger Forderung zur Bannträgerin der Junker und Säuerindustriellen.

In der fünften „Bedingung“ wird verlangt: „Schaffung des endgültigen Wirtschaftsrahmens“. Die Arbeiterschaft soll wieder mit den Whrasen über „Wirtschaftsdenkmal“ usw. verwirrt werden. Irgendjemanden reagen Wert für die Arbeiterschaft haben diese „paritätischen Räte“ und sonstigen Einrichtungen der „Wirtschaftsdenkmal“ nicht. Sie laufen auf eine gefälschte angeordnete Arbeitsgemeinschaft hinaus.

Die erste Bedingung stellt die soziale „Bedingung“ dar: Sie lautet: „Verziehung der Mietserhöhung; Erhöhung des Beitrages für gemeinnützigen Wohnungsbau“.

Ein Sohn für die Arbeiterschaft ist die siebente Bedingung. Hier heißt es: Keine Senkung der Besitzsteuern, solange die Umsatztsteuer und Lohnsteuer im bisherigen Ausmaß bestehen bleiben.

Als achte Bedingung fordert die SPD die Zurückziehung des Schulgesetzentwurfs. Sie sagt aber nicht, was sie an dessen Stelle schaffen will.

Im Punkt 9 heißt es: „Reichsgesetzliche Regelung der Fürstenaufwendungen mit rückwirkender Kraft.“ Dies klingt ja sehr radikal, aber es „klingt“ auch nur so.

Diese 9 Punkte sollen nun das berühmte Koalitionsprogramm der großen Koalition darstellen. Die SPD-Führer stellen es an als Programm der neuen und besseren Innenpolitik.

Wie stellen sich nun die Parteien, die für die Große Koalition in Frage kommen zu diesem Programm? Die Sozialdemokraten und das Zentrum betonen die Haltung der SPD-Fraktion aufs wärmste.

Der Notau der SPD-Führer vor Hindenburg

Wir Sozialdemokraten nehmen keinen Anstand, die Sachlichkeit anzuerkennen, mit der der Reichspräsident an die Prüfung der Situation herantretend ist und seine Schwächen eingestanden hat.

Das Regierungsprogramm der SPD

Sagt einmütige Ablehnung der SPD-Presse

Der sozialdemokratische Parteivorstand glaubte, mit seinen Forderungen für die Beteiligung an einer Koalitionsregierung einen geschickten Schachzug zu tun. Er hoffte, mit diesen Forderungen vor den Wahlen als radikal zu erscheinen.

Die sozialdemokratische Presse, die diese Forderungen unter die Lupe nimmt, spricht sich dagegen mehr oder weniger entschieden ablehnend aus.

Die sozialdemokratische Presse, die diese Forderungen unter die Lupe nimmt, spricht sich dagegen mehr oder weniger entschieden ablehnend aus.

Die sozialdemokratische Presse, die diese Forderungen unter die Lupe nimmt, spricht sich dagegen mehr oder weniger entschieden ablehnend aus.

Die sozialdemokratische Presse, die diese Forderungen unter die Lupe nimmt, spricht sich dagegen mehr oder weniger entschieden ablehnend aus.

Die sozialdemokratische Presse, die diese Forderungen unter die Lupe nimmt, spricht sich dagegen mehr oder weniger entschieden ablehnend aus.

Die sozialdemokratische Presse, die diese Forderungen unter die Lupe nimmt, spricht sich dagegen mehr oder weniger entschieden ablehnend aus.

Böberummel

Breslau, 14. Dezember. Anlässlich des heutigen 50. Geburtstages des Reichstagspräsidenten Paul Lobe brachten die Reichsbannerleute in Breslau gestern dem reformistischen Führer einen Fackelaug.

„Der gekürzte König“

Wenn immer die Sozialdemokraten besonders eifrig Maßnahmen gegen die Interessen der Arbeiterschaft vorbereiten, suchen sie nach Mitteln, um die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse abzuwenden.

Zu den SPD-„Enthüllungen“ ist folgendes zu sagen: Der Genosse Arthur König ist bereits seit Januar 1925 nicht mehr Redakteur der Partei.

Die Schlussfolgerung der SPD-Presse, daß die Herausgabe der „Arbeiterzeitung“ auf die „Kassengebarung“ des früheren Parteireferenten zurückzuführen ist, ist falsch und ein untauglicher Versuch, die Oberbereitschaft der Arbeiterschaft für die revolutionäre Partei zu untergraben.

Von Mäusen zu Mäusen...

Roman einer Frau von Anna Meyenberg - Der Malik-Verlag, Berlin

Ich bin gerne allein, ich fühle mich nie langweilig, im Gegenteil, mir ist die Zeit daselbst immer noch zu kurz. Siehe, und wenn ich dann in den Büchern manchmal auf Sprüche komme, die so recht zu meinem Leben passen, dann bleibe sie mir gleich im Gedächtnis.

„Siehe, Mutter, und so ist es zwischen Gerta und mir.“ „Ach, du lieber Gott, Kind, wenn das so ist, wenn das so ein Mann ist, dann bejahe ihn nur in Gottes Namen.“

Am nächsten Morgen sagte ich zu der Mutter: „Ich kann nicht länger hier bleiben, die Schmerzen in meiner Brust sind unerträglich.“

„Ja, Anchen, das ist es wohl, und ich bin ja auch nun ruhiger, zufriedener und glücklich, daß ich dich noch einmal gesehen habe.“

Ich lief in die Stube und vergrub mein Gesicht im Sofa, damit die Mutter mich nicht hören sollte, denn meine Kraft war zu Ende.

damit die Mutter mich nicht hören sollte, denn meine Kraft war zu Ende. So viel Liebe - so viel Gierigkeit - noch über das Grab hinaus - und das sollte herbei? Was es denn nicht in Gottes Wesen, was die Mutter retten konnte?

„Von Stufe zu Stufe“

ist zu dem riesigen hülfen Briefe von 250 Mark in der kommunikativen Buchhandlung Breslau, Trebnitzer Straße Nr. 50 sowie bei den Kolporturen der Partei erhältlich.

Als ich wieder nach Hannover kam und meinem Kinde die Brust rühren wollte, war die Milch so dünn wie Wasser und verlegte nach einigen Tagen ganz. Die leibliche Ernährung war zu gering gewesen und der Körper konnte nicht mehr Kraft hergeben.

Später erhielt ich dann einen Brief von meiner Schwester. Liebe Schwester!

Der Kasten mit den schönen Malen kam nach gerade recht zur Beherung für unere liebe Mutter. Wer alle Leute haben sich geäuert, daß Du nicht selber gekommen bist, Deine Va-e und andere Frauen aus unserer Dorf waren hier, auch Auguste und Gertrude.

vor ihrem Bett, und mir ist das Herz fast gebrochen, daß Du nicht da warst. Einige Wochen vorher, als sie wohl schon süßte, daß es zu Ende ging, tief sie mich ans Bett und sagte: „Marie, greif doch eben mal unter's Kissen, da liegt ein Päckchen, das gib mir mal her.“

Ich schickte mich hin und las sie alle der Reihe nach, aber traurig konnte ich kaum weiter kommen, so stark kam mir das Weinen an. Mutter lag ganz still, nur manchmal wischte sie die Tränen von den Augen.

„Und wie ich sie ins Feuer getan habe, habe ich sie gezählt - es waren dreihundertfünfzig, und alle so schön.“ Das war wohl Mutter's letzte Freude.

„Wer warum bist Du nicht zur Beerdigung gekommen? Schreibe uns doch einmal recht bald, auch wie es Dir und Deinem Kinde geht.“

„Ich denke, es wäre besser, wenn Sie das Kind in andere Pflege geben würden, denn hier hat doch kein Mensch Zeit dafür.“

„Ich danke den jungen Menschen und nahm mein Kind mit auf mein Zimmer.“

(Fortsetzung folgt.)

Die „Dollar-Kampagne“ in Italien

Von Lisa (Mailand).

In diesen Tagen kam die „Dollar-Kampagne“, die mit großem Aufwand von Zeitungs- und Zeitungsverlagen in Italien alle Farben gefärbt wurde, zum Abschluss. Während war die Einmütigkeit der Presse, die das arbeitslose Volkwerk des Duce, die „Corriere della Sera“, („Abendpost“, inwischen faschisiert), „Stampa“, („Presse“) und sogar des sozialdemokratischen „Vavero“, („Arbeit“) bei ihren Versuchen, sich die Lösungen des Faschismus in dieser Kampagne anzueignen, die dazu dienen soll, dem Auslande den Einbruch der durchgehenden „Faschisierung“ Italiens zu liefern.

Demnach den ersten amtlichen Angaben sollen bei der „National-Subscription“, die zur Beschaffung der ersten Rate der Schuld Italiens an die Vereinigten Staaten von Amerika dient, ungefähr 80 Millionen Lire gesammelt worden sein, also über drei Milliarden Dollar.

Die bürgerliche Presse faschistischer Richtung lobpreist dieses Ergebnis als eine Volksabstimmung Italiens für den Faschismus und dessen Führer Mussolini. Die Zeitungen, die für den „Aventin“ waren, versuchten, sich zu reinigen, und ihre Ergebenheit für den „Duce“ mit Hilfe der Dollar-Kampagne zu bescheinigen. Der Buchdruckerverband, der der Confederazione Generale del Lavoro (Allgemeiner Arbeiterverband) angehört und von dem Nationalfascisten Bruno geleitet wird, von dem man lobend die Uebertragung zu den faschistischen Korporationen erfährt, widmete wenige Tage vor seiner Auflösung eine gewisse Summe für die Dollar-Subscription.

Wie man also sieht, ist die Dollar-Subscription das Mittel gewesen, durch das die ehemaligen Anhänger des „Aventin“ und die „Faschisten“, („Faschisten“, das heißt der faschistischen Partei nicht angehörende Schicksalskinder) versucht haben, sich gegenüber dem Faschismus zu rehabilitieren. Weiterer hat sich daraufhin bemüht, aufzuzeigen, daß die Dollar-Subscription jene breite Zustimmung bezeuge, der der Faschismus selbst im Lande begegne.

Man wollte auch aufzeigen, daß die Arbeitermassen „mit dem Faschismus sind“, indem man alle Industriellen aufforderte, von jedem eigenen Arbeiter ohne Unterschied einen Dollar, also ungefähr 25 Lire, zu zeichnen, was innerhalb Tage durch schnittliches Darstellen. Und tatsächlich sind die Zeichnungslisten ohne weiteres eine Woche nach den ausgegebenen Verfügungen eingelaufen.

Dies geschah aus einer sehr einfachen Ursache: Im größten Teile der Betriebe haben die Unternehmer einfach am Ende der Woche einen Dollar vom Lohne in Weg gebracht. Wer sich weigerte, den Willküranspruch anzuerkennen, wurde entlassen. In vielen anderen Betrieben wurden Anordnungen der Verfügungen angehängt, womit alle Arbeiter, die nicht befristeten geworden waren, aufgefordert wurden, sich in den Räumen der betreffenden Betriebsabteilungen einzufinden und zu unterschreiben. Wer nicht unter einem Polizeioffizier und Sprengungsregime vertraut ist, wie es das faschistische ist, wird sehr gut verstehen, was es bedeutet, sich in den Räumen einzufinden und zu unterschreiben: „Ich unterzeichne nicht“, wohl wissend, daß außer der sicheren Entlassung auch noch die Gewerkschaftsbestand, von den „Schwarzheben“ grausam mißhandelt zu werden.

Und dennoch haben die Arbeiter in vielen Fabriken sich in Massen in die Kantinen begeben und erklärt, daß sie nicht unterschreiben werden. In diesen Fällen ist häufig eine gewisse größere Befragung der Mitarbeiter vorangegangen worden. Eine ganze Reihe anderer Mittel wurde angewendet, um die Arbeiter zur Zeichnung zu nötigen. Es wurden Versammlungen abgehalten, in denen faschistische Größen und die Leiter der Fabriken sprachen; worauf alle „eingeladen“ wurden, die Hand für die Subscription zu erheben. (Dabei ist zu beachten, daß hauptsächliche „Schwarzheben“ in den Versammlungen antwortend waren.) Und dennoch hat sich auch bei diesen Gelegenheiten häufig die große Mehrheit der Masse geweigert, die Hand zu erheben. Die Folge davon waren Mißhandlungen.

Am häufigsten wurde von den Faschisten das Schien der individuellen „Ueberredung“ angewendet. Die gewalttätigen Polizeikräfte des Betriebes gingen im schwarzen Hemd durch die Betriebsabteilungen mit einer Liste, in der sich alle Arbeiter unterzeichneten mußten, die den Dollar zu zeichnen „empfohlen“: Die Arbeiter wurden individuell angeprochen und in brutaler Weise gezwungen, zu unterschreiben, wobei sie mit Entlassung und Mißhandlungen bedroht wurden, falls sie sich weigern sollten.

So ist auch in diesen Fällen die „Einwilligung“ einiger beständlicher Betriebsabteilungen für den mörderischen Faschismus erzielt worden.

Die kommunistische Presse erhält seit Beginn der Kampagne des Dollars zahlreiche Briefe von Arbeitern, die die Gewalttaten, die Zwangsarbeit, die Mißhandlungen aufzeigen denen die Arbeiter seitens der faschistischen Stralke ausgesetzt sind, die sie auf diese Weise „überreden“ wollen, den Dollar zu zeichnen. Es langen aber auch begeisterte Briefe ein, worin mitgeteilt wird, daß in verschiedenen Betrieben — besonders in den großen Zentren — sich die Arbeiter einmütig geweigert haben, zu unterschreiben, wobei es ihnen gelungen ist, in geschlossenem Masse den faschistischen Zwangmaßnahmen zu widerstehen.

Aber die Arbeiterpresse, die kommunistische Presse, kann auf alle die Niederträchtigkeiten, die zum Schaden der wertvollen Massen vorgenommen werden, nicht die geringste Anspielung machen, wenn sie nicht beschuldigt oder eingestuft werden will. Es fällt daher dem Faschismus, dem sich die inehelichen Anhänger von der Presse der ehemaligen Anhänger des „Aventin“ und der „Faschisten“ anschließen, nicht schwer, es aller Welt zu verkündigen, daß die Unterzeichnung des Dollars eine „Volksabstimmung für Mussolini“ darstelle.

Man kann, ohne in einen Irrtum zu verfallen, berechnen, daß von den 80 Millionen Lire, die die Zeichnung des Dollars angeblich hat, zumindest 50 Millionen den Arbeitern und Angestelltenmassen mit den Methoden erpresst worden sind, die wir oben angeführt haben.

Die Massen sind trotz der von der faschistischen Presse hinausgeworfene „Zu“ - „Kampagne“ ant faschistische denn sie Vertreter von Hungerlöhnen und einem von Tag zu Tag schärfer werdenden politischen Druck schänden sie sich allmählich die neuen Kampfmittel, die sie vereinigen und zum frontalen Kampf gegen die faschistische Reaktion führen sollen.

Der Kampf um die Technische Nothilfe in England

Der englische Innenminister Johnson Sids ist eifrig dabei, die Technische Nothilfe für kommende große Streiks zu organisieren. Die Regierung arbeitet zu diesem Zweck mit den Unternehmerorganisationen, mit den Verbänden der Techniker und Ingenieure und ähnlichen Gruppen zusammen. An die Kandidaten der Technischen Nothilfe werden Formulare verschickt, in denen sie eintragen sollen, ob und für welche Arbeit sie im Falle eines Streiks zur Verfügung stehen. Zugleich hat Herr Johnson Sids einen Erlaß an alle Gemeindevorstellungen gerichtet, der sie auffordert, ebenfalls das Nötige zu veranlassen, damit die lebenswichtigen Betriebe im Streikfall im Gang bleiben. Die Gemeinden mit sozialistischer Verwaltung sind dadurch in einen Konflikt mit der Regierung geraten. So beschloß die Gemeindevorstellung von Agberdeen über den Erlaß des Ministers zur Tagesordnung überzugehen. Andere Städte folgten entsprechende Beschlüsse. Die englischen

Sozialisten nehmen also zusammen mit den Kommunisten den Kampf gegen die Technische Nothilfe auf, während in Deutschland die Sozialdemokratie die Technische Nothilfe mit begründet hat!

Ein Massenprozeß gegen englische Bergarbeiter

Vor noch die mächtige Protestkampagne der englischen Arbeiterklasse unter Führung der englischen Gewerkschaften gegen die Klassenjustiz ihren Höhepunkt erreicht hat, führte der Innenminister Sids einen neuen Schlag gegen die immer mächtiger werdende englische Arbeiterbewegung. Waren es vor kurzem zwölf führende Kommunisten, die von der Klassenjustiz in die Kerker geschickt wurden, so sind es heute 167 Bergleute aus Südwesten, die man unter der Anlage der „aufschrecklichen Zusammenrottung“ vor die Schranken der Klassenjustiz zerrt.

Die Vorgeschichte des Prozesses führt in die Streiklage des Juli und August dieses Jahres zurück. Bis jetzt sind von den 167 angeklagten Bergleuten schon circa 50 Mann bis zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Der Kommunistenprozeß, der Massenprozeß gegen Bergarbeiter und die Organisierung der Technischen Nothilfe zeigen klar, daß nun die englische Regierung entschlossen ist, den allerdings aussichtslosen Versuch zu unternehmen, die aufstrebende Arbeiterbewegung Englands durch ein Terrorregiment zu zerstückeln.

Die neuen Steuern des Herrn Louchet

Wie aus Paris gemeldet wird, hat der Minister Louchet seinen Plan zur Sanierung der französischen Finanzen veröffentlicht. Um den Fehlbetrag im Staatshaushalt zu decken, sind neue Einnahmen in Höhe von 5 1/2 Milliarden Francs erforderlich (100 Francs gleich 16 Goldmark). Ferner will Louchet eine Kasse zur allmählichen Tilgung der französischen Staatsschuld schaffen. Dafür verlangt er neue Einnahmen in Höhe von 2 1/2 Milliarden Francs. Die gesamten Mehrforderungen betragen also 8 Milliarden Francs jährlich.

Die neuen 5 1/2 Milliarden zum Ausgleich des Staatshaushalts sollen teils durch Erhöhung der direkten, teils der indirekten Steuern gewonnen werden. Eine Erhöhung der Einkommensteuer soll 3 Milliarden Francs mehr bringen. Die Lohnsteuer soll von 7,2 Prozent auf 10 Prozent erhöht werden. 2 1/2 Milliarden sollen indirekte Steuern bringen, und zwar eine Milliarde die Umsatzsteuer, 600 Millionen durch Erhöhung der Postgebühren, 500 Millionen durch Erhöhung der Tabaksteuer. Der Preis für ein gewöhnliches Paket Tabak wird von 1 1/2 auf 2 Francs steigen. Die 2 1/2 Milliarden Francs zur Tilgung der Staatsschuld sollen in einer Linie durch eine Erhöhung der Erbschaftsteuer flüssig gemacht werden. Auf Grund anderer deutlicher Erfahrungen aus der Inflationszeit ist das Urteil über das Steuerdefizit Louchets leicht zu fällen. Die Steuern, von denen die Massen betroffen werden, erhöhte Lohnsteuer, Tabaksteuer usw., werden real eingeht und die Lebenshaltung des Proletariats verschlechtern. Die Steuern, die von der Bourgeoisie zu zahlen sind, werden dagegen durch die fortschreitende Geldentwertung gegenstandslos. Denn die Rentenbesitzer werden dafür sorgen, daß in der Periode zwischen der Steuereinschätzung und der Steuerzahlung der Frank weiter fällt. Von Vermögensabgaben ist im Steuerprogramme Louchets keine Rede. Mit solchen Regeln treibt man in die Inflation. Der Staat bezahlt keine Verpflichtungen mit neugedruckt Banknoten und sonst verspricht man die Sanierung der Finanzen für die Zukunft. Das Inflation- und Pleitelssystem Louchets Brand wird die Erbitterung der Arbeiterklasse hervorgebracht steigern.

Sitzung des internationalen gewerkschaftlichen Einruß-Komitees

Am Sonntag, den 6. Dezember, trat in Amsterdam das zur Behandlung der Frage des internationalen Einruß- und Streikrechts eingeleitete Komitee zu seiner zweiten Sitzung zusammen, die von folgenden Mitgliedern besucht wurde: A. Dickmann (Internationale der Metallarbeiter), Eggert (Deutschland), Mertens (Belgien), A. Bugh (Großbritannien) und J. W. Brown (Sekretär des ISB). Nach einer kurzen Besprechung des Berichts, dem zugestimmt wurde, prüfte das Komitee, im besonderen die absehend aufgeführten endgültigen Empfehlungen. Diese wurden ergänzt und einstimmig angenommen. Ferner wurde beschlossen, den Bericht dem Vorstand zu unterbreiten und ihm seine Veröffentlichung vorzuschlagen. Endlich sollten dem Vorstand gewisse Richtlinien für die zukünftige Arbeit in Erwägung gegeben werden.

Was Hodges über die deutschen Bergarbeiter erzählt

Als vor einigen Wochen der Bergarbeiterführer Cool in mehreren Versammlungen im Ruhrgebiet zu den deutschen Bergarbeitern sprach, tobte die „Bergarbeiter-Zeitung“ über seinen Aufbruch zur Kampfeinheit, und der „Vorwärts“ verächtliche ihn gar, nur deshalb die Radikalisierung der deutschen Arbeiter zu betreiben, um der deutschen Kohlenindustrie die Konkurrenz vom Saße zu schaffen.

Inzwischen hat ein anderer englischer Führer das Ruhrgebiet besucht — der Sekretär der Bergarbeiter-Internationale, Frank Hodges. Im Gegensatz zu Cool haben nicht die Arbeiter nicht viel zu Gesicht bekommen; er hat nicht zu ihnen gesprochen — dafür hat er desto eingehender mit den Grubenherren verhandelt. Und als Resultat über seine Reise gab er nicht etwa Bericht über die Möglichkeiten internationalen Kampfschlusses der Bergarbeiter gegen die in allen Ländern in gleicher Weise drohenden Unternehmerrange. Vielmehr entwickelte er vor der „Royal British Coal Commission“ seinen großen Plan der Bekämpfung aller Schwierigkeiten im Bergbau durch Schaffung eines Weltkohlenmarktes. Seine größte Sorge ist es, wie unter Beibehaltung des kapitalistischen Systems dessen unweigerliche Folge, die Konkurrenz, beseitigt werden kann.

Besonders interessant ist es aber, wie dieser Bergarbeiterführer die Lage der deutschen Bergarbeiter beurteilt. Der sozialistische „Daily Herald“ bringt einen kurzen Bericht über seine Erfahrungen vor der Kohlenkommission. Nach Frank Hodges Ansicht ist das Verhältnis der deutschen Arbeiter gegen-

über dem Unternehmer weniger erbittert als in England. Die Lebensverhältnisse in Deutschland seien zweifellos günstiger. Vordereinigungen seien allgemein; der deutsche Bergarbeiter erhalte nach fünf und zwanzigjährigen Dienst auch der staatlichen Altersrente noch eine Pension von den Grubenherren. Die Wohnungsverhältnisse der deutschen Bergarbeiter seien besser als in England und die Mieten billiger. Auch habe der deutsche Bergarbeiter gutes Essen und gute Kleidung.

Die deutschen Bergarbeiter mögen einmal ihre wirklichen Lebensverhältnisse mit dieser begünstigten Stellung des Sekretärs der Bergarbeiter-Internationale vergleichen und sich die Frage beantworten, woher Frank Hodges dieses Material wohl bekommen haben mag. Dann werden sie auch verstehen, daß jemand, der mit solchen Augen das Bergarbeiterleben anschauen kann, wohl Sorgen für die Ausschaltung der Konkurrenz bei Kapitalisten untereinander und die Kürzung des Profits, aber nur sehr wenig Interesse für die Beseitigung der internationalen Einheit zur Besserung des Arbeiterlebens übrig hat. Die internationale Bergarbeiterklasse muß Frank Hodges beweisen, daß sie mit seinen Anschauungen nichts gemein hat, und daß sie mit allen Mitteln gegen die Grubenherren kämpfen und die Einheit der Bergarbeiter national und international herbeiführen wird.

Der schwedische Zündholzstreik in Peru

Der schwedische Zündholzstreik, der bereits heute u. a. auch etwa 40 Prozent der deutschen Zündholzindustrie in Besitz hat, und im Begriff steht, die deutsche Zündholzindustrie zu monopolisieren, hat infolgedessen eine Erweiterung erfahren, als er mit der Regierung von Peru einen Vertrag abgeschlossen hat, der ihm das Zündholzmonopol in diesem Staat auf 20 Jahre sichert.

Die Anklagen in Damaskus

(DAB.) London, 11. Dezember. Dakh Telegraph berichtet aus Damaskus, daß gestern vormittag Aufständische bei hellen Tageslicht mitten durch die Stadt zogen, die Gendarmen in der Schuttschen Viertel entwaffneten und französische Posten im Ghailenbiel angegriffen. Zahlreiche Tanks aller noch den Vorhöfen und es fand eine lebhaft Beschießung der Gärten statt. Die meisten Bäume waren den ganzen Tag geschlossen.

Wupesi gegen Feng?

(W.B.) Sienlin, 11. Dezember. Die Truppen des Gouverneurs von Sienlin, Sienlinglin, besetzten gestern die Vorposten der Kuomintang-Abteilung, die zum nationalen Heere gehört, bei Ma-Hsing in einem Kampfe, der den ganzen Tag andauerte. Die Kuomintang-Truppen sind um Sienlin in großer Zahl abgezogen.

Streitkräfte des Marshalhs Wupesi bringen in die Provinz, Sienlin ein, was bei Sienlinglin und anderen Führern der Kuomintang-Abteilung die Befürchtung erweckt, daß Wupesi mit Truppen, die ihnen feindlich sind, zusammenarbeiten werde.

Für die Gewerkschaftseinheit

Die Holzarbeiter fordern Delegationen zum russischen Holzarbeiterkongreß

Verschiedene Verwaltungsteile des Deutschen Holzarbeiterverbandes haben in ihren Mitglieder-Versammlungen zur Einladung zum russischen Holzarbeiterkongreß Stellung genommen. Eine Mitglieder-Versammlung des DHB in Solingen hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Entsendung einer Delegation der Vereinigten Union der Holzarbeiter Englands, der zweitstärksten Sektion der Holzarbeiter-Union, zum russischen Holzarbeiterkongreß begrüßt und es unbedingt für nötig erachtet wird, daß die vom Hauptvorstand zu entsendende Delegation nicht nur am Kongreß teilnimmt, sondern auch die Lage der Arbeiterklasse, die wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in der Sowjetunion studieren soll, damit den deutschen Holzarbeitern objektiv darüber berichtet werden kann. Der Verbandsvorstand wird aufgefordert, alle Kräfte für die Wiederherstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit, und vor allem für die Vereinigung mit den russischen Holzarbeitern einzusetzen.

Vor einiger Zeit hatte eine Mitglieder-Versammlung des DHB in Gollha nach Entgegennahme des Verbandsberichts die Nicht-Entsendung des russischen Holzarbeiterverbandes zum Stuttgarter Verbandsstag des DHB scharf verurteilt und verlangt, daß zum russischen Holzarbeiterkongreß Vertreter des Deutschen Holzarbeiterverbandes entsandt werden.

Die Vertreter des Manheim-Ludwigshafener hat ebenfalls in einer Mitglieder-Versammlung durch einstimmigen Beschluß den Hauptvorstand des DHB beauftragt, eine Delegation zum russischen Holzarbeiterkongreß zu entsenden. Ein ähnlicher Antrag wurde in der Zahlstelle Durlach angenommen.

In der Holzarbeitergeneralversammlung in Berlin wurde ein Antrag, in dem vom Hauptvorstand die Teilnahme am russischen Holzarbeiterkongreß verlangt wurde, abgelehnt und dafür eine Entscheidung der engeren Verwaltung angenommen, worin es u. a. heißt: „Sollten Schwierigkeiten hinsichtlich der Bewegungsfreiheit einer nationalen oder internationalen Delegation nicht bestehen, erlaubt die Berliner Generalversammlung den Verbandsstag, die Entsendung einer Delegation zu befürworten.“

Man, „Schwierigkeiten hinsichtlich der Bewegungsfreiheit“ gibt es nicht, weil in dem Einladungskreisbrief des russischen Holzarbeiterverbandes den Vertretern der Union und den einzelnen Verbänden zugesichert wird, sich frei nach Gutdünken zu bewegen und ihnen alles das zu zeigen, was sie sehen wollen. Der Schlußsatz der Berliner Resolution lautet:

„Trotz der gefährlichen Angriffe und Beschimpfungen der deutschen Gewerkschaften durch die russische Internationale will die Berliner Generalversammlung alle Bedenken zurückstellen, um der internationalen Gewerkschaftseinheit den Boden zu ebnet.“

Es ist natürlich Unfug, von einer russischen „Internationalen“, die „gefährliche Angriffe und Beschimpfungen“ gegen die deutschen Gewerkschaften richtet, zu reden. Unter „russische Internationale“ sind die russischen Gewerkschaften gemeint, von denen jeder Arbeiter weiß, daß ihre Führer aufrecht und ehrlich sind, die internationale Gewerkschaftseinheit herzustellen, wenn die Führer der Holzarbeiterinternationalen und des DHB genau so ernsthaft für die Gewerkschaftseinheit sind. Wenn die Einbindung zum russischen Holzarbeiterkongreß und die Einheit mit dem russischen Holzarbeiterverband wegen formaler Bedenken nicht abgelehnt, jedenfalls müssen alle Holzarbeiter darauf bestehen, daß der Hauptvorstand unbedingt eine Delegation nach Moskau entsendet.

Waldenburg, 12. Dezember.

14. Verhandlungstag.

Es werden der Direktor Propach und der Verbandsvorsteher und Stadtrat Prescher, Breslau, vernommen. Die Verhandlungen wegen Bürgschaft führte Herr anet. Dieser ist seit August heur. aus und weiß von nichts. Die Geschäfte bei der Stadtbank Waldenburg bestanden im Ankauf von Immobilien und Devisen. Diese wurden zu niedrigem Kurs gekauft. Kredit gab sie zu 50 Prozent. Höhe war 1922 bereits in der Lage, ein Auto zu kaufen und 1923 am Viehhäuserplatz ein Haus, an dem er 1/4 Jahre umbauen ließ, um den Viehhäuserplatz zu "verschönern". Auch Schlüter kaufte 1922 ein Auto und 1923 ein Grundstück von 42 Morgen Land. Beide spezialisierten in Devisen. Von den für die Stadtbank bei der Reichsbank besetzten Dollars behielten sich beide in der Regel einen Teil. Nach Berechnung des Sachverständigen Keller beträgt der Verlust der Stadtbank durch Rühle 3306 Billionen, durch Schlüter 561 Billionen, durch Erdmann 4300 Billionen, und durch die übrigen Beamten etwa 17 800 Billionen. Die durch die Bankbeamten getätigten Geschäfte betragen 11 Prozent der Gesamtgeschäfte. Jedemmal, wenn dem Angeklagten die Höhe seiner Spekulationsgewinne nachgewiesen wird, verlangt Rechtsanwalt Dr. Schleibitz, daß gegen Wiesner steht Oberbürgermeister in Waldenburg, Direktor (S.D.) und Hummrich genau so vorgegangen werden soll. Rühle und Schlüter weigern sich, Angaben über die Spekulationsgeschäfte der anderen Beamten zu tun. Nach dem Gutachten des Sachverständigen Krause ist das Säkularkonto der Vereinsbank Friedland durch die Spekulationen von Rühle und Schlüter so groß geworden. Um die Geldmittel zu erhalten, wurden seit 1921 Sparbücher ausgesetzt und als minderberechtigtere Spareinlagen präsentiert. In diesem Zwecke ließ Rühle sich bei der städtischen Sparkasse unausgefüllte Sparbücher geben. Diese wurden auf verschiedene Namen ausgefüllt, von Rühle und Schlüter unterschrieben und an die Sparkassen im ganzen Reich geschickt. Ein Teil dieser Bücher ist nun zurückgekommen, mit dem Vermerk: „Aufwertung vorbehalten.“

Da die Stadtbank eine Filiale der Kommunalbank geworden ist, und für die Sparbücher nicht mehr haftet, wird die Stadt Waldenburg verpflichtet sein, die Aufwertungsbeiträge aufzubringen.

Neurode. Grußenunfälle ohne Ende. Ein Unglücksfall im südlichen Aufgang erregte sich auf der Johann-Iska-Grube. Der noch junge Bearbeiter Max Heuß aus Schleibitz wurde von hereinbrechendem Gestein verschüttet und konnte nur als Leiche aus Tageslicht gefördert werden. Sein Vater, ein arbeitender Kammerarbeiter, ebenfalls von dem Unglück betroffen wurde, kam mit leichten Verletzungen davon. Innerhalb der letzten drei Wochen ist dieser Unglücksfall der dritte (!) im Revier. Bemerkenswert an dem letzten Unfall ist, daß er nicht vor Ort, sondern auf offener Straße erfolgte; allem Anschein nach ist schadhafes Holz zum Verbaue der Straße verwendet worden. Gutes Holz hätte zwar die Sicherheit der Bergarbeiterschaft erhöht, aber, da teurer, den Profit der Unternehmer.

Schweidnitz. Kein Verlangen nach Fürsorge! Aus der dem Schweidnitzer Arbeitshaus angegliederten Fürsorgeabteilung sind fünf junge Leute im Alter von 16 bis 20 Jahren entflohen. Es handelt sich um Breslauer „Jungen“.

Rengerdorf, Kr. Glatz. Willige Gemeinheit. Einen gemahlen Diebstahl vollführte ein mit Seife reichender junger Mann, indem er einer alten, schwerhörigen Rentnerin, der er Seife zum Kauf angeboten, aus einem Schrank ihre letzte Bargeldsumme in Höhe von 20 Mark entwendete. Der Diebstahl ist hier nicht ermittelt worden.

Hirschberg. Zu was sind Stadttheater da? Die für Sonntag abend im Stadttheater angelegte Vorstellung von Georg Kaiser's „Dantö und Gollath“ mußte ausfallen, da nur ganz wenige Karten verkauft waren. Und das in einer Stadt von 30 000 Einwohnern. Obige Notiz beweist die Richtigkeit unserer in ähnlichen Fällen vertretenen Meinung, daß das Proletariat unter den heutigen Verhältnissen nicht die Möglichkeit hat, Kunststätten (falls es welche sind) zu besuchen. Und die herrschende Klasse? Vielleicht war irgendwo ein großes Kaufgelage.

Anfall beim Turnen. Der zwölf Jahre alte Sohn der Frau erwinne Kamisch in Gunnerdorf fiel beim Turnen so unglücklich vom Reck, daß er beide Unterarme brach.

Bahin Schwoerer Unfall. In den Dorfbach gestürzt ist in Gebhardsdorf der Lotengraber. Er verletzte sich schwer.

Zangenitz. Was soll das bedeuten? Hier wurde nachts eine Frauensperson halb erfroren in völlig hilflosem Zustande in der Nähe des Wälderhauses aufgefunden. Die Landjäger nahen die Hilflöse in Schutzhaft. Es handelt sich um die Arbeiterin Frieda Kriching, Erledigung a hatte sie zusammenbrechen lassen. Unverständlich ist uns aber die Tatsache, daß die Polizei eine fast tote Frau in Schutzhaft bringt.

Karelau. Beim Roden verunglückt. Ein Schwere Unglücksfall traf den Stellenbesitzer Kulshnick aus Siebenbrunn. Der Unglückliche erlitt beim Roden der Bäume des Sterzendorfer Waldes am Kopf derartige Verletzungen und Hautabplatzungen, daß derselbe sofort nach Namslau in das Krüppelheim der Barmherzigen Brüder gebracht werden mußte. Hier starb er an den Folgen des Unfalles.

Tschlicher Straßenfall. Als der Sattlermeister Prokott abends mit dem Motorrade aus Wilschau heimkehrte, kamen ihm zwei Wagen entgegen, von welchen der eine kein Licht hatte. Im selben Augenblick, als er an dem von ihm nicht bemerkten Wagen ankam, bog der Autofahrer nach der Seite hin aus, wo Prokott fuhr, was die Ursache war, daß ein Bruch der Wirbelsäule. Er war auf der Stelle tot.

Bielenau. Steuerwindler. Der Mayor und Gemeindevorsteher Hoffmann wurde vom Finanzamt Sprottau zu 1800 M. Geldstrafe verurteilt wegen Steuerhinterziehung. Er hat Weh gehabt und die anderen — die „Schäsen“ — weiter ein.

Oppeln. Verhütetes Unglück. An der Chauffee Sandoritz-Kelch wurde ein schweres Unglück verhütet. Der Personenzug Oppeln-Barnow hatte Einfahrt nach Kelch, die Schranke war geschlossen. In schnellem Tempo kam ein Lastwagen und fuhr in die Schranke, welche zerbrach. Der Lastwagen wurde durch den Anprall mitten auf das Gleis gestellt. Gleichzeitig brauste der Personenzug heran. Nur der Weisheitsgegenwart des Lokomotivführers, dem es gelang, durch Schnellbremsung den Zug wenige Meter vor der Unfallstelle zum Stehen zu bringen, ist es zu verdanken, daß ein großes Unglück verhütet wurde.

Verantwortlich für den gesamten Text: Kurt Eibe, Breslau, für die Inserate: Arthur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Pennag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telephon Stephan 37 460
Täglich 8 Uhr
Gastspiel Elli Leux
Aufwiegen Walter Jankuhn
In neuer Ausstattung
Der Orlow
Sonntag
nachmittag 3 1/2 Uhr
Uschi

Stadttheater
Waldenburg
Fernruf 99
Anfang 8 Uhr
Dienstag, 15. Dez.
Des Meeresu der Liebe Wellen
Donnerstag, 17. Dez.
Die spanische Fliege
Freitag, 18. Dez.
Des Meeresu der Liebe Wellen
Pfänder-Auktion
am 11. Dez. 1925
Juins Grandmann
Irebaitzer Str. 21

Lobetheater
Schneewittchen und die sieben Zwergen
Cyrano von Bergerac
Cyrano von Bergerac
Cyrano von Bergerac
Cyrano von Bergerac
Schneewittchen und die sieben Zwergen
Cyrano von Bergerac
Cyrano von Bergerac
Schneewittchen und die sieben Zwergen
Zum ersten Male
Robert und Bertram
Robert und Bertram
Robert und Bertram
Cyrano von Bergerac
Cyrano von Bergerac
Schneewittchen und die sieben Zwergen
Zum ersten Male
Robert und Bertram
Schneewittchen und die sieben Zwergen
Robert und Bertram
Robert und Bertram

Theatervorstellung
„Die erste Geige“
„Die erste Geige“
„Die erste Geige“
„Die erste Geige“
„Die erste Geige“
„Die erste Geige“
„Die erste Geige“
„Die erste Geige“
„Die erste Geige“
„Die erste Geige“
„Die erste Geige“
„Die erste Geige“
„Die erste Geige“
„Die erste Geige“
„Die erste Geige“
„Die erste Geige“
„Die erste Geige“
„Die erste Geige“
„Die erste Geige“
„Die erste Geige“

Prattische Weihnachtsgeschenke
für jedermann
zu konturenlos billigen Preisen.
Kleiderstoffe, Tisch-, Leib- u. Herren-Anzug- Bettwäsche Gar- u. Mantelstoffe dinen, Kubjaden Strawatten, Oberhemden in allen Preislagen, empfiehl
M. Hiemer, Waldenburg
Scheuerstraße 16.

Stadt-Theater
Telephon Ring 1254 u. 6815
Spielplan vom 13. bis 20. De.
Sonntag, den 13. Dechr., nachm. 3 Uhr
Jugendvorstellung zu ermäßigten Preisen
Der tolle Hund
Hierauf: **Die Puppenfee**
Sonntag, den 13. Dezember, abds. 7 1/2 Uhr
Erstaufführung
Das verlorene Lachen
Montag, den 14. Dezember, abends 8 Uhr
Die gelagte Stunde
Außerordnung zum Lang
Der Jäcker
Dienstag, den 15. Dezember, abds. 7 1/2 Uhr
Sarmen
Mittwoch, den 16. Dezember, abds. 7 Uhr
3. Vorstellung im Abonnement
Das verlorene Lachen
Donnerstag, den 17. Dechr., abds. 7 Uhr
Indigo
und die vierzig Räuber
Freitag, den 18. Dezember, abends 8 Uhr
Zirkus und Spiele
Sonntag, den 19. Dechr., nachm. 3 Uhr
Jugendvorstellung zu ermäßigten Preisen
Der tolle Hund
Hierauf: **Die Puppenfee**
Sonntag, den 19. Dezember, abds. 7 Uhr
Die lustigen Weiber von Windsor
Sonntag, den 20. Dezember, nachm. 3 Uhr
Jugendvorstellung zu ermäßigten Preisen
Hänsel und Gretel
abends 7 1/2 Uhr
Madine

Im Schuhgeschäft
Karl Wagner
Waldenburg — Neustadt
kauft man gut und preiswert
Eigene Maß- u. Reparaturwerkstatt

Leeres Stübchen
von alleinziehender Witwe
für 1. L. 25. gebucht. Offizien unter Nr. 20 an d. Expedition d. Rtg. erb.

M. Just, Schuhwaren
aller Art zu billigsten Preisen
Striegau, Bahnhofstraße 13
Kein Laden

Uren- und Goldware.
Spezialität:
Fugenhose Trauringe
Jeder Käufer erhält 5 Prozent und ein Präsent
Paul Alter, Kupferstecher Nr. 17
neben Hut-Schönfeld

Gustav Jacoby
Vortragmeister vom Rhein
Ramon Prieto
mit seinen wunderbaren Eisären
und das große
Winternachts-Fest-Programm

Geh's mit Deiner Uhr zu Ende, Trag sie nur zur Firma Mende! Brauchst Du erst 'ne neue Uhr, Versuch' es auch bei Mende nur!
H. Mende, Uhrmacher
Inhaber: H. Kramer
Mühlenstraße 21 (Nähe Schloß Waldenburg)

Bei jedem Einkauf
muß sich die Genosfin und der Genosse danach erkundigen, ob der Geschäftsinhaber in unserer Zeitung inseriert!
Die Geschäfte, die unsere Zeitung sabotieren, sollen auch auf Euer Geld verzichten!
Kauft nur noch bei
Inserenten Eurer Zeitung!

Weihnachts-Angebot
Räder
Damen . . . 72. —
Herren . . . 65. —
Rahmen . . . 28. —
Carbidlampe = 2.50
nur Gellhornstrasse 28
im Hof, nähe Freiheitsbrücke

Jamaika-Rum-Verschnitt
Weinbrand-ff. Liköre
Trinkbrandweine
sowie
sämtliche Kolonialwaren in besten Qualitäten
und
zu billigsten Tagespreisen empfiehlt
Paul Tschirner
Kolonialwaren
Likör- und Fruchtstoffabrik
Landeshut i. Schlef.

Zum Weihnachtsfest
empfehlen wir
Nähmaschinen
Fahrräder
Taschenlampen
Batterien
Feuerzeuge
Mundharmonikas
Striegauer Fahrradhaus
Berger & Krusche
Ring 1, Empara Gebanstr.
Reparaturen an Fahrrädern
Nähmaschinen u. Zentrifugen werden sauber und sachgemäß ausgeführt

Eintrittspreise von 1 Mark an
Jeden Sonntag und Feiertag 3 1/2 Uhr
Familien-Nachmittags-Vorstellung
Das volle Programm zu halben Preisen

Alle Winterartikel
wie Unterhemden, Unterhosen mit warmem Futter als auch in gutem Barchent
Kindertrikots in allen Größen und Sorten
Kinderkleidchen / Kindermäntel / Mützen mit Scha's
Reformhöschen / Schlüpfer in allen Größen
Rodelsweaters / Klubjacken / Rodel-Garnituren
Stets große Auswahl — Allerbilligste Preise
Richard Schubert Waldenburg
Ring 16.

Unsere Arbeit für die Erwerbslosen

Aktionen für die Erwerbslosen

Die steigende Erwerbslosigkeit im ganzen Reich muß unsere kommunalen Fraktionen veranlassen, alle Kräfte aufzubieten, um die materielle Lage der Erwerbslosen zu bessern. Dabei ist als leitender Gesichtspunkt im Auge zu behalten, daß die Erringung materieller Vorteile in der jetzigen Situation, auch wenn sie unseren Wünschen und Ängsten nicht in vollem Umfang entsprechen, wertvoller ist als die Aufstellung großer Programme und die Stellung rein agitatorischer Anträge, die auf dem Papier stehen bleiben. Sie müssen in den Stadtverordnetenfraktionen, in den Fällen, wo die eigenen Anträge abgelehnt werden, den Anträgen der sozialdemokratischen Fraktionen zustimmen, wenn diese den Erwerbslosen irgendwelche Vergünstigungen gewähren.

In allen Orten muß neben der Forderung nach finanzieller Unterstützung (Winterbeihilfe) die Forderung nach billiger Lieferung von Brennmaterial und Lebensmitteln erhoben werden. Die Durchführung von Notstandsarbeiten bei tariflicher Bezahlung ist ebenfalls von allen Gemeinden zu fordern. Wo die Bürgerlichen oder Sozialdemokraten die Deckungsfragen aufwerfen, müssen unsere Genossen positive Vorschläge machen, die sich nach den örtlichen Verhältnissen und finanziellen Voraussetzungen zu richten haben. Leitender Gesichtspunkt muß sein: Die Gewährung auch kleinerer Vergünstigungen und wirtschaftlicher Ersicherungen nützt uns bei den Erwerbslosen mehr als große Programme. Bei der Begründung der Erwerbslosenforderungen ist besonders auf die Fürstenabfindungen Bezug zu nehmen.

Nachfolgend einige Beispiele über die Behandlung von Erwerbslosenfragen in verschiedenen Stadtparlamenten:

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde folgender Antrag der kommunistischen Fraktion von Bürgerlichen und Sozialdemokraten abgelehnt:

„Der Magistrat wird beauftragt, an alle nicht unterstützungsberechtigten Notleidenden der Stadtgemeinde Berlin eine einmalige Unterstützung in Höhe von 100 Mark sowie 25 Mark für jedes Familienmitglied (soweit nicht Selbstverdiener) zu gewähren.“

Angenommen wurden dagegen die Vorschläge des Erwerbslosenausschusses durch die sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit. Diese Vorschläge lauten:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat:

- der Versammlung in der nächsten Sitzung eine Vorlage zu unterbreiten, durch die zur Bekämpfung der Not der Erwerbslosen und der sonstigen Unterstützungsempfänger zunächst die Summe von zehn Millionen Reichsmark flüssig gemacht wird, die den Wohlfahrtsämtern der Bezirke entsprechend den in den Bezirken vorhandenen Unterstützungsberechtigten zur Verfügung gestellt werden;
- bei Reich und Staat darauf zu drängen, daß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit alle geplanten Arbeiten unverzüglich in Angriff genommen und begonnene Arbeiten weitergeführt werden;
- die im Haushaltsplan vorgesehenen Arbeiten im Hoch- und Tiefbau sofort in Angriff zu nehmen und beim Reich vorstellig zu werden, daß Mittel für weitere Notstandsarbeiten zur Verfügung gestellt werden;
- den Erwerbslosen, sowohl den Unterstützten als auch den Ausgesteuerten, je Familie und Monat mindestens zwei Zentner Kohle zu liefern;
- den Steueraussschuß sofort zusammenzurufen, um über die Bereitstellung der Mittel für eine großzügige Unterstützungsaktion für Erwerbslose, Kriegsoffer, Sozial- und Kleinrentner sowie sämtliche Unterstützungsempfänger Vorschläge zu machen;
- bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß sie für die schieune Beratung des Gesetzentwurfes über die Arbeitslosenversicherung eintritt.“

Zur Annahme kam außerdem ein kommunistischer Antrag, die AEG-Schneelbahn und andere vom Kämmerer abgelehnte Bauten als Notstandsarbeiten weiterzuführen und ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die Weiterführung der Untergrundbahn fordert und sich gegen die Entlassung von Bauarbeitern der Nord-Südbahn ausspricht.

In Dresden hatte die Sozialdemokratische Fraktion im Stadtparlament einen Antrag eingebracht:

„den Rat zu ersuchen, schnellstens Vorschläge zu unterbreiten, die geeignet sind, die durch die sätändig zunehmende Erwerbslosigkeit eingetretene Not der Erwerbslosen zu mildern unter besonderer Berücksichtigung einer verstärkten Förderung der produktiven Erwerbslosensorge und anderer materieller Maßnahmen, die noch vor Weihnachten in Kraft treten sollen“.

Die Kommunisten hatten beantragt,

„allen Erwerbslosen sowie den Kurzarbeitern, welche drei oder weniger Tage in der Woche arbeiten, eine Winterbeihilfe in folgender Form zu gewähren:

- Ledigen und Verheirateten ohne Kinder: bis zu zwölf Wochen Erwerbslosigkeit 50 Mark, über zwölf Wochen Erwerbslosigkeit 75 Mark,
- Verheirateten mit Kindern dieselben Sätze und für jedes Kind 10 Mark mehr,
- allen Obengenannten ohne Ausnahme drei Zentner Kartoffeln und zwei Kilo von dem jetzt zur Verteilung gelangenden Gefrierfleisch zu geben.“

Der sozialdemokratische Antrag fand einstimmige Annahme, der kommunistische Antrag kam nicht zur Abstimmung. Ein Zusatzantrag der Kommunisten, der den Rat ersuchte, die Entlassung der Saisonarbeiter nicht durchzuführen, wurde angenommen; die Sozialdemokraten stimmten dafür.

In Altona hatte der Magistrat eine Weihnachtsgabe an die 8500 Erwerbslosen im Gesamtbetrag von 10000 Mark vorgeschlagen. Die Kommunisten schlugen vor, für die Weihnachtsgabe 400000 Mark auszuwerfen. Angenommen wurde durch KPD. und SPD. einschließlich ein sozialdemokratischer Antrag, der 25000 Mark für die Weihnachtshilfe bereitstellt.

In Liebau stellten die Erwerbslosen einen Dringlichkeitsantrag, in welchem sie forderten: Für Verheiratete laufend pro Woche einen Zentner Kohle, einen Meier Holz, zwei Brote und eine Weihnachtshilfe von 15 Mark, für Ledige die Hälfte. Es wurde nur bewilligt: Jeder Erwerbslose erhält ab 1. Dezember pro Kopf und Woche ein Brot, alle Kinder unter 6 Jahren täglich einen halben Liter Milch, Erwerbslose mit Haushalt pro Monat zwei Zentner Kohlen und eine Weihnachtshilfe von 3 Mark pro Kopf. Verdienende mit einem Kind werden in Abrechnung gebracht. Ein Beispiel dazu: Der Kollege H. ist verheiratet und hat drei Kinder, die Frau H. steht im Arbeitsverhältnis, also bekommt H. für sich und zwei Kinder je ein Brot pro Woche und dreimal 3 Mark als Weihnachtshilfe. Sicht die Frau nicht im Arbeitsverhältnis, so bekommt er fünf Brote pro Woche und fünfmal drei Mark. Die Unterstützung ist vorläufig auf vier Monate vorgesehen.

In Berlin, Frankfurt a. O., Leipzig und anderen Orten haben einzelne Gewerkschaften, Orts- und Bezirkskartelle des ADGB Anträge und Eingaben an Stadt- und Landesparlamente mit bestimmten Erwerbslosenforderungen gerichtet. Diese Anträge und Eingaben müssen von unseren Vertretern unbedingt unterstützt werden. Gleichzeitig ist die Vorlage von Anträgen auf Zuschüsse der Gemeinden und Winterbeihilfen zu verbinden mit einer scharfen Kampagne für die Erhöhung der Unterstützung im Reichsmaßstab. (Der im Reichsausschuß angenommene Zentrumsantrag auf Erhöhung von 30 Prozent ist absolut ungenügend; Propagierung unseres Antrages auf Erhöhung um 100 Prozent, Verlängerung der Unterstützungszeit usw. Siehe Antrag der Kommunistischen Reichstagsfraktion.)

Die Anträge müssen, auch nach Ablehnung, immer wieder erneut gestellt werden, bei Unterstützung durch Erwerbslosenversammlungen, zu denen die Vertreter der städtischen Behörden und Parteien eingeladen werden.

Unsere Taktik in der Erwerbslosenbewegung

Von Paul Merker

Die wachsende Erwerbslosigkeit verpflichtet die Partei zur Entfesselung einer starken Massenbewegung, einmal im Interesse der aus dem Produktionsprozeß verdrängten Arbeiter, und im anderen im Interesse der Gesamtheit der Arbeiterschaft.

Zur Entfesselung der Taktik deren Anwendung die Arbeit der Parteiorgane im Interesse der Erwerbslosen zur erfolgreichen Auswirkung bringen soll, ist die Erkenntnis von drei wichtigen Tatsachen erforderlich. Diese Tatsachen sind:

1. Die erwerbslosen Arbeiter sind durch ihre Ausschaltung aus dem Produktionsprozeß gleichzeitig des wirksamsten Kampfmittels für den Tageskampf der Arbeiter — des Streiks — beraubt. Versammlungen und Erwerbslosendemonstrationen sind kein genügender Ersatz dafür. Niemand wird durch sie unmittelbar materiell geschädigt. Die Erwerbslosen sind, wenn isoliert von den in den Betrieben befindlichen Arbeitern, wehrlos der Verleumdung preisgegeben. Darum ist es eine der ersten Pflichten der Kommunisten, um den Erwerbslosen zu helfen, daß sie alles vermeiden, was die schon bestehende Kluft zwischen den Arbeitenden und den Erwerbslosen verbreitert, sondern sie müssen ihre Tätigkeit voll darauf einstellen, die Kluft zu schließen.

2. Die Gewerkschaften als die Organe der wirtschaftlichen Interessenvertretung der Arbeiter sind verpflichtet, ihren Einfluß und ihre organisatorische Kraft auch im Interesse der erwerbslosen Arbeiter einzusetzen. Der Kampf der Erwerbslosen ist in erster Linie ein gewerkschaftlicher Kampf, er ist schon deshalb Aufgabe der Gewerkschaften, um zu verhindern, daß die Unterneiner die Erwerbslosigkeit als Mittel zum Lohndruck benutzen, und weil er die einzige Garantie zur Verhütung einer weiteren Zersplitterung der Arbeiter in Arbeitende und Erwerbslose ist. Trotz dieser klaren Sachlage zeigt sich aber, daß die reformistischen Führer der Gewerkschaften sehr gern sehen, wenn andere Organisationen der Arbeiter die Führung und die Verantwortung der Erwerbslosenbewegung übernehmen. Die Äußerung eines Vertreters des ADGB gegenüber einer Berliner Erwerbslosenlegation, „daß der ADGB mit der Erwerbslosenbewegung nichts zu tun habe, die Frage zu lösen sei vielmehr eine Aufgabe der politischen Parteien“, zeigt die Einstellung der reformistischen Führer deutlich. Es ist verständlich, daß die reformistischen Führer sich nicht gern durch ein so unruhiges Element, wie es die Erwerbslosen sind, aus ihrer Ruhe stören lassen. Wenn andere die schwere Arbeit übernehmen, so bleibt ihnen noch immer die günstige Möglichkeit der abfälligen Kritik, um die Arbeiter über die eigene Untätigkeit hinwegzutäuschen. Die Partei kann aber kein Interesse daran haben, die reformistischen Gewerkschaftsführer von ihren Pflichten zu entbinden und dadurch gleichzeitig die oben gezeigte Zersplitterung der Arbeiter indirekt zu unterstützen. Aus diesem Grunde wird das wichtigste Ziel der Arbeit der Kommunisten im Interesse der Erwerbslosen sein, die gewerkschaftlichen Instanzen zur Führung der Erwerbslosenbewegung zu zwingen.

3. Die kommunistische Partei ist keine gewerkschaftliche Organisation, sie kann die Gewerkschaften weder ersetzen, noch ihre Aufgaben lösen. Die Partei kann deshalb auch nicht als Organisation die Erwerbslosenbewegung führen. Es wäre falsch, durch sie eine besondere Erwerbslosenbewegung zu organisieren,

die neben der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung laufen würde. Die Aufgabe der Partei ist es, ihren ideologischen und organisatorischen Einfluß und ihre personellen Stützpunkte in den Gewerkschaften, den kommunalen Staats- und Reichsparlamenten und in allen sonstigen Organen, die im Erwerbslosenkampf eine Rolle spielen, rastlos zur Durchsetzung der Forderungen der Erwerbslosen auszunützen. Insbesondere in den Gewerkschaften muß sie den stärksten Druck auf die Instanzen durch die Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder im Interesse der Erwerbslosen entwickeln und die Ausnützung der gewerkschaftlichen Organisationen für den Kampf der Erwerbslosen erzwingen. Die erwerbslosen Kommunisten müssen neben der Unterstützung dieser Aufgaben in ihrer Gewerkschaft die intensivste Propaganda unter den erwerbslosen Arbeitern entfalten und sie für die Unterstützung geeigneter Forderungen gewinnen.

Um die Bewegung in diesem Sinne in Gang zu bringen, ist die Einberufung von Erwerbslosenversammlungen und die Wahl von vorläufigen Erwerbslosenkommmissionen notwendig. Die Kommissionen müssen sich jedoch aus freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern zusammensetzen. Ihre Bildung ist unter Berücksichtigung der an der Erwerbslosigkeit am meisten beteiligten Industriegruppen bzw. Berufsverbänden vorzunehmen, um ihre Struktur den Verbänden, die zur Beteiligung an der Führung der Bewegung gezwungen werden müssen, von vornherein anzupassen. Wenn die Gewerkschaften eine Neuwahl der Erwerbslosenkommmissionen verlangen, werden sich unsere Genossen dem nicht widersetzen, sondern sie werden in diesem Fall um ihre Kandidatur und um ihre Wahl auf der freigewerkschaftlichen Liste kämpfen. Zurückgewiesen werden müssen jedoch die Versuche der Gewerkschaftsführer, nur die Interessen der organisierten Erwerbslosen zu vertreten, anstatt die aktive Unterstützung und Führung der gesamten Erwerbslosenbewegung gleichzeitig als gute Möglichkeit zur Agitation für die Stärkung des Verbandes auszunützen.

Von allen Fraktionen muß ein fortgesetzter Kampf für die Aufnahme der unorganisierten Erwerbslosen und von allen erwerbslosen Kommunisten eine rege Propaganda unter den Erwerbslosen für den Eintritt in den Verband geführt werden.

Die Durchführung dieser Taktik wird den Kampf der Erwerbslosen auf eine sichere Basis stellen, als es durch die Aufziehung einer besonderen Erwerbslosenorganisation bzw. -bewegung neben den Gewerkschaften möglich ist. Sie wird infolgedessen sowohl für die Erwerbslosen als auch für die Partei größere Erfolge zeitigen.

Politische und organisatorische Notwendigkeiten

Von den 300 000 in Schlesien in Betrieben beschäftigten Arbeitern sind bereits zirka 50 000 arbeitslos. Weitere Zehntausend arbeiten verkürzt, drei und vier Tage die Woche. Am größten ist bis jetzt die Arbeitslosigkeit unter den Metall-, Textil- und Glasarbeitern. Die beiden vorstehend abgedruckten Artikel haben also größte Aktualität. Die darin gestellten Aufgaben müssen wir erfüllen, wenn wir die Arbeiterschaft überzeugen wollen, daß nur die Kommunisten es sind, die mit aller Deutlichkeit die Interessen der werktätigen Massen vertreten.

Was ist konkret in unserem Bezirk zu tun?

- Die im Betrieb befindlichen Genossen haben dafür zu sorgen, daß ihr aus dem Betrieb entlassener Kollege weiter mit dem Betrieb verbunden bleibt. Die arbeitslosen Kollegen müssen weiter an den Bezugs- und Zellenversammlungen teilnehmen.
- Unter den Erwerbslosen ist eine Kampagne für die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften zu führen. Unorganisierte sind zu bewegen, in die Gewerkschaften einzutreten.
- Unsere Genossen haben innerhalb der Erwerbslosen eine gute Fraktionsarbeit zu leisten, damit unser Einfluß unter den Arbeitslosen wächst.
- Wir müssen Einfluß auf die Bestrebungen der Bildung von Erwerbslosenräten bekommen.
- Unsere Kommunalvertreter müssen eine enge Verbindung mit den Erwerbslosen herstellen. Zu jeder Erwerbslosenversammlung, Sitzung usw. muß ein kommunistischer Gemeindevertreter anwesend sein. In jeder Fraktionsitzung der kommunistischen Gemeindevertreter müssen Vertreter der Erwerbslosen anwesend sein.
- Unsere Augenblicksforderungen für die Erwerbslosen in den Kommunalparlamenten können nicht vom grünen Tisch gleichmäßig für alle Orte in Schlesien aufgestellt werden. Deshalb müssen unsere Genossen den vorstehenden Artikel: „Aktionen für die Erwerbslosen“ genau durchlesen. Dort finden sie eine Fülle von Material.
- In Gemeinden, wo eine kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit besteht, haben unsere Genossen geschickt und als durchführbar zu bezeichnende Anträge zu stellen, die es den Sozialdemokraten sehr schwer macht, mit den Bürgerlichen gemeinsam für die Ablehnung zu plädieren.
- Ständige Berichterstattung an die Bezirksleitung. Redaktion ist zu informieren. Die Kommunalvertreter haben regelmäßig an die Kom.-Pol.-Abt. der B.-L. zu berichten.

Genossen! Nur wenn wir auf dieser Basis arbeiten, werden wir Einfluß unter den Massen bekommen. An die Arbeit!

Bezirksleitung Schlesien der KPD.

Kommunistische Kommunalvertreter, fordert für Erwerbslose Arbeit und ausreichende Unterstützung!

Mutter und Kind.

Die proletarische Revolution — das ist das Ziel, das wir zu erreichen suchen zur Befreiung der unterdrückten Klassen der Arbeiter und Bauern der von den kapitalistischen Staaten unterjochten Völker, der Frauen des unterdrückten Geschlechts und nicht zuletzt der proletarischen Kinder.

Die proletarische Mutter hat darum eine besonders schwere Aufgabe. Genauestens kann sie sich, da sie zur Arbeit gehen muß, wenig um ihre Kinder kümmern, andererseits muß sie sie an Klassenbewußtsein erziehen für das Proletariat erziehen. Das kann sie nur dann, wenn sie sich über alle Vorurteile hinwegsetzt und mit ihrem Kind wie mit einem Erwachsenen alles bespricht, ihm alles erklärt und es wie einen gleichberechtigten Menschen behandelt. So nur kann sie aus dem Kind einen selbstbewußten Kämpfer für die proletarische Revolution machen.

Wie anders als bei uns hat es das Kind bereits schon in Sowjetrußland. In unseren Schulen wird den Kindern immer gesagt: ihr lernt nicht für die Schule, sondern für das Leben. In der Sowjetunion lernen sie im Leben. Sie arbeiten für die Allgemeinheit dort, wo wirklich Arbeit erforderlich ist zum Aufbau der neuen Welt und ihr Wort, das Wort der Pioniere der S.S.R., "immer bereit!" ist mehr als bloß ein Wort: es ist zur Wahrheit geworden und gibt den Erwachsenen das Bewußtsein, daß ein Flachbrot das ist, was ihr Wert vollenden wird. Sie suchen sich selbst die Arbeit aus und so tun sie es voll Eifer und Hingabe — diese Arbeit erzieht. Man nimmt das Kind ernst. Daher hat es Verantwortungsbewußtsein und Selbstbewußtsein. Es ist kein Untergebener der Meister, sondern ihr Kamerad.

So ist es auch selbstverständlich, daß die Kinder an den Erwachsenen Kritik üben können, die oft nur zu berechtigt ist. Ein Beweis für diese neue Welt ist der Brief zweier Pioniere von 8 und 10 Jahren, die an Lenin schreiben, den sie lieben und in ihren Leben, an ihn wenden sie sich in ihrem Brief. Der Brief kam nach Lenin's Großhüte und war fürzlich in der "Pravda", einer russischen Zeitung, abgedruckt. Es heißt dort:

Lieber Nikisch,

man hat uns gesagt, Du wärst gestorben, aber wir wissen, daß Du lebst und Du, der uns so geliebt hat, wirst uns anhören.

Wir sind Pioniere und haben schon viel gearbeitet. Unsere Eltern nennen sich Kommunisten, ich glaube es ihnen nicht. Unsere Mutter schämt sich immer und Vater ist so oft betrübt. Keulich nach auf einem Ball hatte man ihm seinen Parteiausweis gestohlen. Über das betümmerte ihn nicht; er sagte, seine Freunde würden ihm schon einen anderen geben.

Sage doch deinen Genossen, daß sie es nicht tun, daß Vater so viel sucht und sich betrinkt und daß er kein Kommunist ist. Wir bitten Dich darum, lieber Nikisch, wir wissen, daß Du uns helfen wirst, wohl lieber Nikisch.

Zuletzt, daß ich das Bild des Kindes nach der Revolution, Klassenbewußt, ruhig und arbeitswütig. Wir stehen noch wie in den Schulen zu vorbringen und unserer Kinder istlichen Geduld jener Geist eingeleitet, der sie ihrer Klasse entziehen soll. Doch gerade deshalb, ist es nicht doppelt nötig, dem entgegenzukommen?

Das Scherflein der Witwe.

Die Geschichte, die wir hier erzählen, ist wahr und nicht erfunden von den bösen Kommunisten.

Der Königsweihenhausen, in Eichowabe, wohnt eine alte obährige Frau. Ihr Leben lang hat sie fleißig gearbeitet und an die Güte Gottes geglaubt. Sie hat die Knochen brav gesammelt. Aber der Egen Gottes ist ausgeblieben. Sie lebt in Not trotz allen ihren Fleißes mit der Hoffnung auf ein besseres Gensfets.

Der Himmel, so hofft sie, wird sie entlösen für das Geld, das sie aus Erden gehabt hat. Und so bereitet sie sich für die ewige Herrlichkeit vor. In ihren letzten Strauchzügen läßt sie den Harter kommen, damit er ihr das heilige Gebot an der armen Witwe und Herbet ihr Trost aus Gottes großen Schatz göttlicher Barmherzigkeit.

Wahr er ist nicht, mit einem "Gott lohns" oder "Gott bergelts" zutreiben, er bringt es fertig, der armen Frau für

Erzählung für die Arbeiterklasse in der "Pravda", 17. Januar 1926. — Berlin: Arbeiterbewegung, 1926. — Berlin: Arbeiterbewegung, 1926. — Berlin: Arbeiterbewegung, 1926.

sehen. Egen zwei Mart abzunehmen. Diese zwei Mart sind ein Vermögen für die alte Frau, die nicht weiß, wie sie Brot kaufen soll, die nichts verbietet und eine warme Suppe braucht. Die Kirche hat ihre besonderen Ansichten darüber. Nach ihrer Meinung ist die Witwe reichlich geliebt durch die Betsprechungen auf die ewige Seligkeit. Sie hat selber einen großen hungerigen Magen und schludert ohne Bedenken das Speisefleisch der Witwe.

Das ist die kleine traurige Geschichte, die wirklich geschehen ist in Eichowabe und die die Vorgabe der Kirche von der rechten Seite betrieht.

Schaft "rote Hilfe"

Noch immer stehen, trotz Hindenburgs, "Minnefle", Kaufleute von Klassenkämpfen in den Gefängnissen und Buchhäusern der Republik. Kaufleute von Frauen und Kindern sind durch das Bösen der Klassenjustiz ihres Ernährers beraubt, befinden sich in bitterster Not. Weitere Kaufleute werden, wenn der Wohlwille des Proletariats dem Willen des Herrschers nicht Einhalt gebietet, wobei die Herrschern füllen müssen trotz aller "Minnefle", Unveränderlich, so mit noch vermehrter Eifer arbeitet die Klassenjustiz weiter.

Gerade die Frauen des Proletariats sind es, die unter dem Druck der Klassenjustiz besonders zu leiden haben. Nicht nur, daß eine Reihe ihrer tapfersten Vorkämpferinnen selbst aus ihrer Reihe gerissen werden, auf ihnen lastet, wenn der Mann oder Vater oder der Sohn hinter den Kerkerstein verschwindet, die Sorge um die ohnehin schon unter den kümmerlichen Verhältnissen lebenden Arbeiterfamilie, die zu der Sorge um den eingetretenen Ernährer tritt. Leicht sehr leicht wird da die Proletarierfrau oder Mutter, die noch nicht selber ganz fett und eufschlossenen proletarischen Klassenkampf leht, durch die Not der Familien mit Verbittern. Mitmut und Kleingläubigkeit erfüllt, besonders dann, wenn etwa in ihr das Gefühl der Verlassenheit, der mangelnden Sozialität noch wird. Für den eingetretenen Kämpfer aber ist die Sorge um seine Angehörigen, die Stimmung, die ihm aus Frieden oder aus Gesprächen bei Beluchen entgegenkommt, von entscheidender moralischer Bedeutung. — Ist sie aufrecht, entschlossen, weiß er seine Lieben vor dem schlimmsten Elend geschützt, so wird seine eigene Festigkeit erstarren. Weh er sie in Verzweiflung, so wird er, wenn schon nicht selbst verabschiedet, so mindestens in seiner eigenen Festigkeit erschüttert. Die moralische und ideologische Festigkeit aber entscheidet gar oft das Schicksal des Gefangenen in der Gasse der Hölle, sie entscheidet, ob er sie als aufrechter und entschlossener Kämpfer oder als gedrohenen Mann verläßt.

Die kämpfenden Frauen des Proletariats, alle, von gleichen Schicksal bedroht, haben darum das stärkste Interesse daran, vorzubringen und zu helfen. Sie müssen den bedrängten Schwachen, den Opfern der Klassenjustiz wertvolle Hilfe leisten. Gerade ihnen muß es in erster Linie die proletarische Klassenpflicht gebieten, am Wert der "roten Hilfe" mitzuwirken.

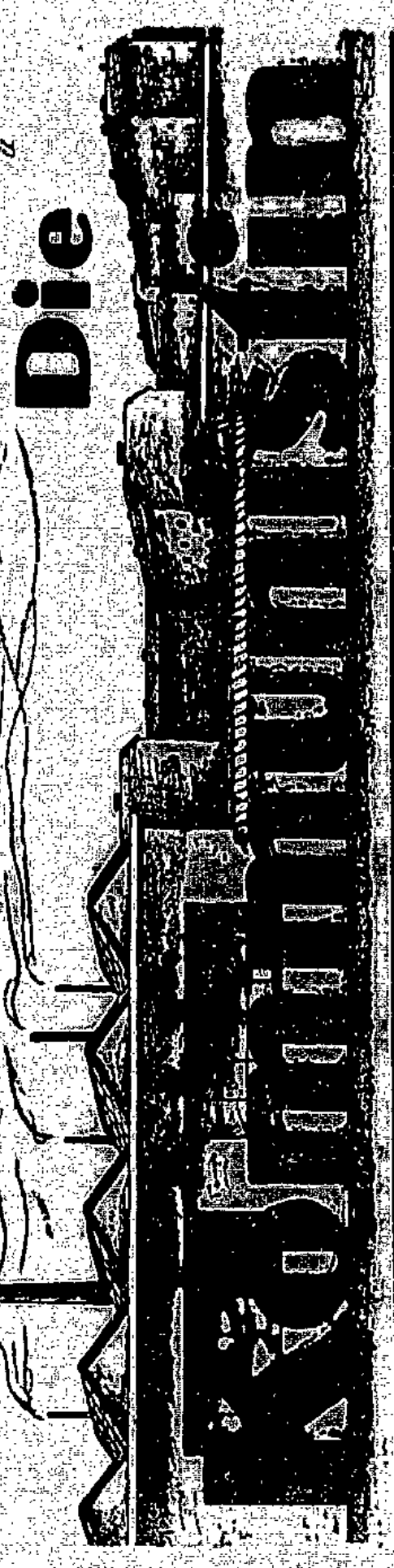
Am 5. bis 13. Dezember veranstaltet die Rote Hilfe Deutschlands eine Werbeweche, bei der neue Mitglieder und Abonnenten für den "Roten Helfer", das monatlich erscheinende Mitteilungsblatt der Roten Hilfe, gewonnen werden müssen. Es ist Pflicht aller Genossinnen, sich auch eifrigste in den Dienst unserer Werbeweche zu stellen.

Wahr für die "rote Hilfe".
Es genügt an das nächste Postamt eine einfache Postkarte mit folgender Aufschrift zu schicken:

Ich bestelle hiermit für das erste Quartal 1926:
"Der Rote Helfer"
Erscheinungsort Berlin, zu dem Bezugspreis von 25 Pfennig zuzüglich 6 Pfennig Bestellgeld.

Name _____ bei _____
Wohnung _____
Vorderhaus _____
Hinterhaus _____
Gartenhaus _____
Bitte recht deutlich zu schreiben und an die nächste Postanstalt senden!

Erzählung für die Arbeiterklasse in der "Pravda", 17. Januar 1926. — Berlin: Arbeiterbewegung, 1926. — Berlin: Arbeiterbewegung, 1926. — Berlin: Arbeiterbewegung, 1926.



Die

REBELLION

Nr. 20 Berlin, Dezember 1925 Jahrg. 7

Friede auf Erden!

Es ist eine alte Sitte, daß die Reichen den Armen eine polnische Korridor führen müssen? Kann, nach dem Bedürfnis der deutschen und polnischen Arbeiter und Bauern soll zwar die Frage nicht entscheiden werden, sondern je nachdem die alten Sitte tren. Sie denken ihren Vätern diesseits und jenseits der Grenzen, diesseits und jenseits des großen Ozeans den Gaben reich mit dem köstlichsten Geschenk, das alle Völker ersehnen: sie schenken ihnen den Frieden.

Im der heiligen Abentsgät wurde er endgültig beschlossen und unterzeichnet — die Weihnachtsboten werden ihm die Weibe geben.

Das Gesicht des kapitalistischen Friedensdenkers war bewundernswürdig. Er sprach von der Notwendigkeit, die Interessen der Arbeiter und Bauern zu berücksichtigen. Er sprach von der Notwendigkeit, die Interessen der Arbeiter und Bauern zu berücksichtigen.

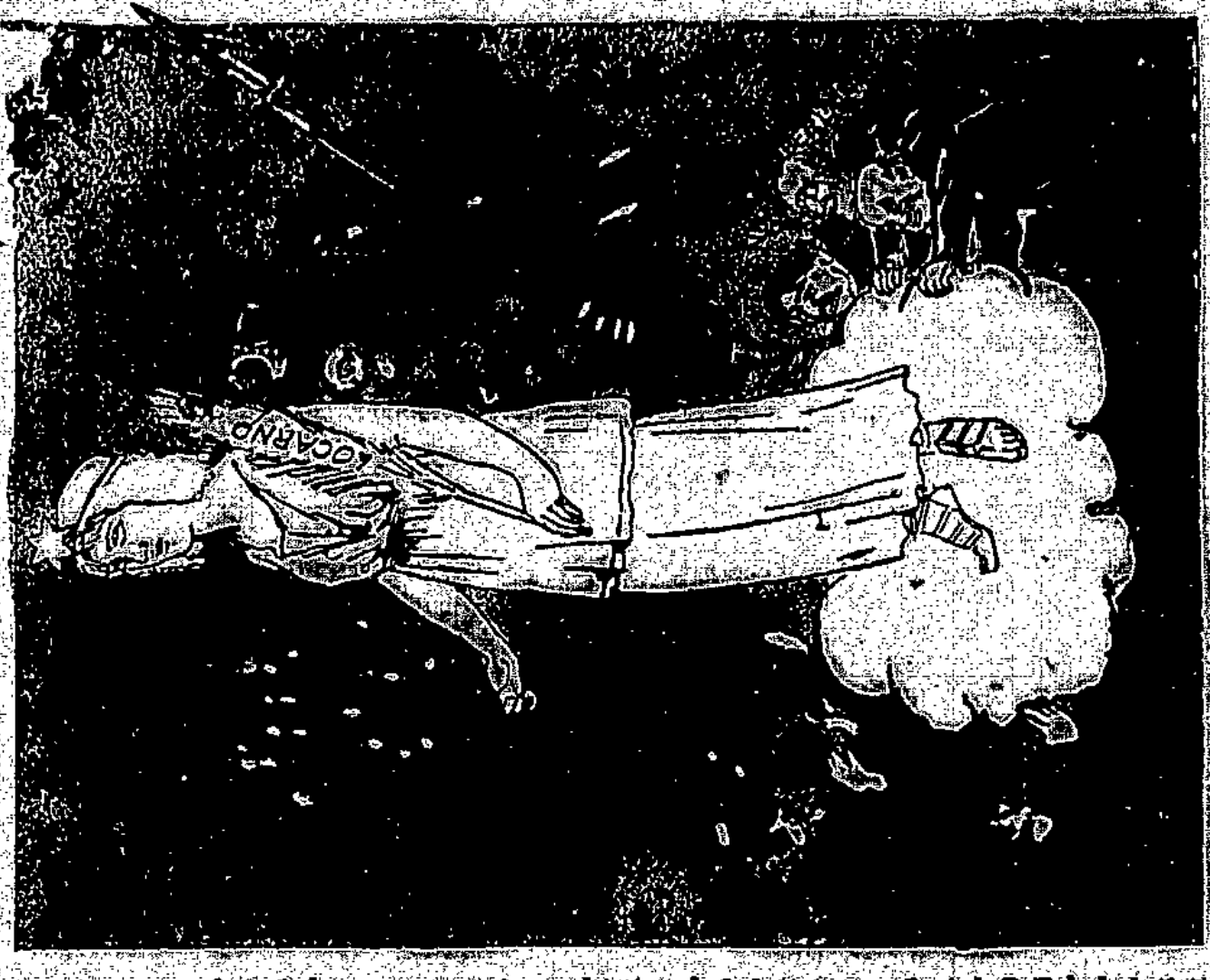
Die Arbeiter und Bauern sind bereit, die Interessen der Arbeiter und Bauern zu berücksichtigen. Sie sind bereit, die Interessen der Arbeiter und Bauern zu berücksichtigen.

Die Arbeiter und Bauern sind bereit, die Interessen der Arbeiter und Bauern zu berücksichtigen. Sie sind bereit, die Interessen der Arbeiter und Bauern zu berücksichtigen.

Die Arbeiter und Bauern sind bereit, die Interessen der Arbeiter und Bauern zu berücksichtigen. Sie sind bereit, die Interessen der Arbeiter und Bauern zu berücksichtigen.

Die Arbeiter und Bauern sind bereit, die Interessen der Arbeiter und Bauern zu berücksichtigen. Sie sind bereit, die Interessen der Arbeiter und Bauern zu berücksichtigen.

Die Arbeiter und Bauern sind bereit, die Interessen der Arbeiter und Bauern zu berücksichtigen. Sie sind bereit, die Interessen der Arbeiter und Bauern zu berücksichtigen.



Erzählung für die Arbeiterklasse in der "Pravda", 17. Januar 1926. — Berlin: Arbeiterbewegung, 1926. — Berlin: Arbeiterbewegung, 1926. — Berlin: Arbeiterbewegung, 1926.

Das heißt, der Arbeiter des Landes oder derer, die...
unter ihren eigenen Sprache, ihre nationalen Belange...

Aber die Charte soll nicht (1) revidiert werden, um...
den englischen Diplomaten das Spiel zu erleichtern?...

Der Friede von Genua ist die Vorbereitung auf den...
nächsten Krieg!

Der Friede von Genua ist noch mehr: gegen die Demo-...
kratie des einzigen Arbeiters und Bauerntums...

Während der englische Imperialismus mit der linken...
Hand die junge kommunistische Partei Englands zu erziehen...

Der Wunschzettel der deutschen Sünnen zu Weihnachten.

Grundsätzlich steht vor der Frau, das heißt...
die Arbeiterin, die Arbeiterin, die Arbeiterin...

Die Arbeiterinnen erheben sich monatlich 100 000...
Genua, in der Stadt haben die Arbeiter die Arbeiter...

Die Arbeiterinnen erheben sich monatlich 100 000...
Genua, in der Stadt haben die Arbeiter die Arbeiter...

bei uns leichter als anderswo? Weil dem amerikanischen...
Kapital schmerzlichen Gedächtnis werden müssen...

Warum sind die Arbeiter in Brüssel? Weil die Arbeiter...
nachste Arbeiter von uns empfangen.

Warum ist die Arbeiterin in der Welt, die uns Frauen...
zurück trifft, oder unsere Arbeiterin noch nicht...

Die verschiedenen Frauen sind die ersten Opfer des...
kapitalistischen Arbeiterkampfes. Sie, die politische...

Der proletarische Arbeiter.

Die internationale Arbeiterklasse beginnt das zu begreifen...
Sie werden sich ab von der Sozialdemokratie, die ihr...

Die englische Arbeiterin ist schon den Schritt mit den...
russischen Arbeiterinnen — immer wichtiger drängt auch die...

Die arbeitenden Frauen aber müssen dabei helfen gegen...
die Arbeiter von den Frauen, wenn die Arbeiter von den...

Die Arbeiterinnen der Arbeiter sind der Arbeiterin...
Arbeiterinnen sind die Arbeiterinnen, die Arbeiterinnen...

Die Arbeiterinnen sind die Arbeiterinnen, die Arbeiterinnen...
Arbeiterinnen sind die Arbeiterinnen, die Arbeiterinnen...

Die Arbeiterinnen sind die Arbeiterinnen, die Arbeiterinnen...
Arbeiterinnen sind die Arbeiterinnen, die Arbeiterinnen...

Die Arbeiterinnen sind die Arbeiterinnen, die Arbeiterinnen...
Arbeiterinnen sind die Arbeiterinnen, die Arbeiterinnen...

Stara Zetkin.

Stara Zetkin hand schon in den besten Jahren der...
Sozialdemokratie in den nordischen Welt der Arbeiter...

Stara Zetkin hand schon in den besten Jahren der...
Sozialdemokratie in den nordischen Welt der Arbeiter...

Stara Zetkin hand schon in den besten Jahren der...
Sozialdemokratie in den nordischen Welt der Arbeiter...



Stara Zetkin hand schon in den besten Jahren der...
Sozialdemokratie in den nordischen Welt der Arbeiter...

Eine Mahnung an die Arbeiterinnen und Bäuerinnen Rußlands.

1917. 18. 19.

Der acht Jahre im Oktober 1917 — herrschen die...
Arbeiter und Bauern in unserem ruffähigen jugend...

Die ganze kapitalistische Welt stellt sich auf die Seite der...
ruffähigen Kapitalisten und Grundbesitzer und hand ihnen...

Die Arbeiterinnen und Bäuerinnen kämpfen Hand in Hand...
mit den Arbeiterinnen und Bauern gegen die Grundbesitzer...

Die Arbeiterinnen und Bäuerinnen kämpfen Hand in Hand...
mit den Arbeiterinnen und Bauern gegen die Grundbesitzer...

Die Arbeiterinnen und Bäuerinnen kämpfen Hand in Hand...
mit den Arbeiterinnen und Bauern gegen die Grundbesitzer...

Die Arbeiterinnen und Bäuerinnen kämpfen Hand in Hand...
mit den Arbeiterinnen und Bauern gegen die Grundbesitzer...

Die Arbeiterinnen und Bäuerinnen kämpfen Hand in Hand...
mit den Arbeiterinnen und Bauern gegen die Grundbesitzer...

Die Arbeiterinnen und Bäuerinnen kämpfen Hand in Hand...
mit den Arbeiterinnen und Bauern gegen die Grundbesitzer...